



Das geplante Projekt umfasst den Twanntunnel als Verlängerung des Ligerztunnels bis Twann samt dem Portal Ost. ZVG/GRAFIK: TIEFBAUAMT DES KANTONS BERN

## «Der Westast hat gezeigt, dass man Projekte ändern kann»

**Twann-Tüscherz** Der Gemeinderat will die Forderungen der Anti-Twanntunnel-Initianten nicht unterstützen. Nun verlangen diese eine Konsultativabstimmung.

**Beat Kuhn**

Am letzten Donnerstag hat das Komitee «N5 Bielersee – so nicht!» der Gemeinde Twann-Tüscherz nach eigenen Angaben 240 Unterschriften für seine Initiative übergeben. Das sind dreimal so viele wie die mindestens nötigen 81, was zehn Prozent der Stimmberechtigten entspricht. Die «Gemeindeinitiative für weniger Strassenlärm und Verkehrsberuhigung in Twann-Tüscherz» verlangt, dass sich die Exekutive langfristig für «eine regionale Gesamtplanung statt Flickwerk» einsetzt. Kurzfristig soll sie sich zudem für durchgehend Tempo 60 von Biel bis zum Ligerztunnel sowie ein Durchfahrverbot für Lastwagen zwischen Biel und La Neuveville engagieren (das BT berichtete).

### Keine Vorgaben möglich

Zwar läuft die sechsmonatige Sammelfrist für das am 10. Juni lancierte Volksbegehren erst am 9. Dezember ab und gilt bis dahin nicht als offiziell eingereicht. Trotzdem reagiert der Gemeinderat bereits jetzt mit einer Medienmitteilung, die den Titel «Gemeindeinitiative ungültig»

trägt. Darin bezeichnet er das Vorgehen des Komitees als «ungewöhnlich». Denn er habe diesem bereits im Juli klargemacht, dass er die Initiative für ungültig erklären werde, falls sie denn eingereicht werden sollte.

Bei seiner Haltung stützt sich der Gemeinderat auf eine rechtliche Prüfung des kantonalen Amtes für Gemeinden und Raumordnung, das die Forderungen als «materiell rechtswidrig» beurteilt. Alles, was gefordert werde, liege nicht in der Kompetenz der Stimmberechtigten, sondern des Bundes. Grundsätzlich könne sich der Gemeinderat zwar schon bei Bund und Kanton für die Einführung solcher Massnahmen einsetzen. «Die Stimmberechtigten können aber der Exekutive nicht verbindlich vorgeben, was sie im Rahmen ihrer Kompetenz zu tun hat.» Der Gemeinderat hat den Twanntunnel immer befürwortet, weil er zumindest einem Teil der Bevölkerung eine Entlastung vom Strassenlärm bringe, wie Vizegemeindepäsident Stephan Caliaro (parteilos) gegenüber dem BT noch einmal bekräftigt.

Im Moment sieht die Exekutive keinen Anlass, etwas zu

unternehmen. Sie lässt die eingegangenen Unterschriftenbögen aber schon mal von der Verwaltung beglaubigen. Und wenn das Komitee bis zum Ablauf der Abgabefrist an der Initiative festhält, wird man diese «wie rechtlich vorgeschrieben prüfen und eine entsprechende Verfügung erlassen». Bis dahin kann das Komitee noch mehr Unterschriftenbögen einreichen.

### Gemeindepräsidentin winkt ab

Aktiv sammeln werde das Komitee nun zwar nicht mehr, sagt Präsident Christian Brügger. Doch könne man beim Komitee Unterschriftenbögen beziehen. Denn allen Einwänden zum Trotz bleibt das Komitee hart: «Nein, wir ziehen die Initiative nicht zurück», macht Brügger klar. «Wir wollen den Twanntunnel zur Diskussion stellen», begründet er das Beharren auf der bisherigen Position. Das Diskutieren habe eigentlich schon in den Gesprächen beim Unterschriftensammeln begonnen, sei es auf der Strasse oder an der Haustür.

Brügger ist überzeugt, dass noch deutlich mehr als die 30 Prozent der Stimmberechtigten,

die bis jetzt unterschrieben haben, die Haltung des Komitees teilen. Er geht sogar davon aus, dass es eine Mehrheit ist, die nicht will, «dass der Chabis aus dem letzten Jahrhundert realisiert wird». Wenn das Volk hier nicht das Recht habe, dem Gemeinderat verbindliche Vorgaben zu machen, könne dieser ja eine Konsultativabstimmung durchführen, meint er. Das sei besser, als einfach eine Verteidigungshaltung einzunehmen.

Gemeindepräsidentin Margrit Bohnenblust (SP) wendet ein, dass eine Konsultativabstimmung an einer Gemeindeversammlung grundsätzlich nicht repräsentativ sei. Denn normalerweise seien lediglich etwa sechs Prozent der Stimmberechtigten anwesend. Im Übrigen sei der Twanntunnel schon lange bewilligt, und nun auch die Ausführung des Ostportals, wobei da noch Beschwerden laufen würden.

### Von Westast-Erfolg beflügelt?

Für die regionale Planung, welche die Initianten anregen, hat sich die Ausgangslage mittlerweile geändert. Denn der Bieler Westast, auf den sich die Forde-

rung der Twanntunnel-Gegner vormals bezogen hatte, ist vom Tisch. In der Dialoggruppe Westast war die Gemeinde Mitglied gewesen, weil beim Westportal Vingelz auch sie betroffen gewesen wäre. In der Projektorganisation «Espace Biel/Bienne.Nidau», die auf die Dialoggruppe gefolgt ist, ist sie dagegen nicht vertreten. Denn dort geht es lediglich um Verkehrslösungen in Biel und Nidau. Nur wenn der sogenannte Juratunnel zwischen Bözingen und Biel wieder ins Gespräch kommen würde, wäre die Gemeinde wieder betroffen und würde mitreden wollen, so Caliaro.

Die Dialoggruppe Westast hatte wie David gegen Goliath in zähem Ringen erreicht, dass ein an sich bereits beschlossenes und geplantes Autobahnprojekt doch noch gestoppt wurde. Beflügelt der Erfolg der Dialoggruppe das Komitee? «Von Beflügeln würde ich nicht sprechen», meint Brügger dazu. Aber wir seien heute in einer anderen Zeit als damals, als Projekte wie der Westast und der Twanntunnel aufgegleist worden seien. «Der Westast hat gezeigt, dass man Projekte ändern kann.»